

Die Farbe Grün.

Demokratiebewegung in Iran: Mit Religion gegen ein religiöses System

Von Charlotte Wiedemann

Es war im Mai vergangenen Jahres, irgendwo in der iranischen Provinz. Noch ahnte niemand, welche Erschütterungen schon bald das Land verändern würden. Nur dass etwas in der Luft lag, das war zu spüren, etwas Amorphes, Unerwartetes, so unerwartet wie die Begeisterung junger Leute für einen staubtrockenen, bebrillten und weitgehend unbekanntem Präsidentschafts-Kandidaten namens Mir Hussein Mussawi. An diesem Tag also in der Provinz kam ein junger Mann, 18, 19 Jahre alt, auf Mussawi zu und legte ihm einen grünen Schal um den Hals. „Sie brauchen eine Farbe!“, sagte er.

So kam die Grüne Bewegung zum Grün; beiläufig, ein wenig zufällig, jedenfalls ungeplant. Und gerade deshalb ist dieser Augenblick wie eine Schlüsselszene zum Verständnis der Bewegung.

Islamisch-grün, hoffnungsgrün – die Idee des jungen Mannes war genial. Mussawis Wahlkampfmanager machten daraus eine *Corporate Identity*, mit Bändern, Wimpeln, grüner Website, grüner Zeitung. Hatte Mussawi als *Seyyed*, als Nachfahre des Propheten nicht ein besonderes Anrecht auf die Farbe Grün? Oder war das Grün einfach nur schick? Leuchtend der Kontrast zu den körperbetonenden schwarzen T-Shirts junger Männer, zum schwarzen Nagellack auf Frauenhänden, die sich später tausendfach reckten zum Victory-Zeichen. Choreografen-Grün: Die Iraner lieben Proteste mit einer betörenden, filmgleichen Choreografie.

Natürlich hat das alles auch mit Religion zu tun, aber auf eine verschlungene und damit sehr moderne Weise. Denn das einzige eindeutige Charakteristikum der iranischen Demokratiebewegung ist ihre Vielfalt, eine Vielfalt, die nicht nur ein Nebeneinander von religiösen und nicht-religiösen Menschen bedeutet, sondern auch sehr unterschiedliche Bezüge zur Religion.

Die Aneignung von Islamisch-Grün war zugleich eine Enteignung des Regimes, das sich doch als Verkörperung des Islam, sogar des göttlichen Willens geriert: Ihm wurde gleichsam die Farbe genommen. Das mag zu Beginn ein halbbewusster Akt gewesen sein, angefeuert vom Marktdenken in einer Wahlkampf-Auseinandersetzung. Monate später jedoch verlor das Regime, voran Revolutionsführer Ali Chamenei und Präsident Mahmud Ahmadinejad, tatsächlich immer mehr islamische Legitimität. Als Ende Dezember 2009 an *Ashura*, dem wichtigsten Trauertag der Schiiten, auf Demonstranten geschossen wurde, erlosch im Herzen vieler Iraner der letzte Funke an religiösem Respekt für die Staatsführung.

Im säkularen Westen wird kaum verstanden, wie schmerzlich dieser Prozess ist, zumal für die älteren Iraner und Iranerinnen, die vor 30 Jahren mit überwältigender Mehrheit ihr Vertrauen in das Gerechtigkeitsversprechen der jungen Islamischen Republik setzten. Sie sehen mit Trauer, wie dieses System die Jugend dem Islam entfremdet hat, und der Zorn darüber hat viele traditionell Religiöse in die Reihen der Opposition getrieben.

Westliche Beobachter zogen aus der vertraut wirkenden Ästhetik der iranischen Youtube-Generation den voreiligen Schluss, die grüne Bewegung sei säkular und folge einem westlichen Begriff von Freiheit. Dies trifft nur für eine Minderheit zu, doch die westliche Betrachtung verharrt in den engen geistigen Schranken ihres eigenen Eurozentrismus: Wo immer in der Welt jemand seine Gesellschaft verbessern will, bewegt er sich auf uns zu. Macht sich uns ähnlicher. Möchte sein wie wir.

Könnte es sein, dass es in Iran anders ist? Dass etwas Neues geschieht? Etwas, für das sogar noch Begriffe fehlen?

Schon seit Jahren entwickelt sich in Iran eine Zivilgesellschaft mit säkularen ebenso wie mit religiösen Kräften. Die Frauenbewegung teilt sich in entsprechende Strömungen, in der Studentenbewegung verbergen sich Säkulare manchmal unter dem Schutz islamisch klingender Organisationen, und in Menschenrechtsgruppen arbeiten ganz unterschiedlich Motivierte zusammen. Die Anwältin Shirin Ebadi, Trägerin des Friedensnobelpreises, kämpft als überzeugte Muslimin gegen die inhumanen Praktiken des Regimes – viele andere, weniger prominent, gehen den gleichen Weg, denken Islam und Freiheit neu zusammen.

Iran einen Mullah-Staat zu nennen, das ist längst veraltet. In der Amtszeit von Ahmadinejad hat die Geistlichkeit immer mehr an Einfluss verloren. Auch verweigern die meisten hochrangigen Gelehrten dem Präsidenten wegen des vermuteten Wahlbetrugs im Juni 2009 bis heute die Anerkennung. Grob geschätzt ist das Spektrum des Klerus im gegenwärtigen Konflikt dreigeteilt: Ein Teil hängt an den Pfründen des Regimes, ein Mittelteil verharrt im traditionellen schiitischen Quietismus, einige populäre Großayatollahs stehen offen zur Grünen Bewegung.

Revolutionsführer Chamenei war in den Augen des Klerus als Nachfolger Khomeinis stets nur zweite Wahl - zu niedrig seine theologische Bildung. Da ihm das einzigartige Herrschaftskonstrukt der Islamischen Republik, die sogenannte „Herrschaft der Rechtsgelehrten“, in der Praxis nahezu diktatorische Vollmacht gibt, konzentriert sich der gegenwärtige Machtkampf immer mehr auf ihn. Die Rufe „Tod dem Diktator“ gelten ihm, dem Geistlichen im höchsten politischen Amt. Allein das macht die Grüne Bewegung schon historisch.

Die Islamische Republik nicht abrupt säkularisieren, sondern ihre Strukturen schrittweise demokratiefähiger machen, so lässt sich das Konzept der Reformgruppe um Mussavi beschreiben. Der 68jährige, unter Khomeini Premierminister, verfiel heute einen religiösen Pluralismus, vergleichbar der Wahlfreiheit im schiitischen Alltag: Ein Gläubiger ist frei, der Lehre dieses oder jenes Gelehrten zu folgen. Niemand dürfe sich künftig mehr auf göttliche Autorität berufen können, sagt Mussawi: „Keiner hat das Recht zu sagen: Was ich unter Islam verstehe, ist allein richtig.“

Mussavi setzt alles daran, möglichst viele Anhänger des Regimes herüberzuziehen. Im vergangenen Juni hat Ahmadinejad nach Erkenntnissen der Opposition vermutlich 25 Prozent der Stimmen bekommen: 11 Millionen Wähler – auch sie sind „Volk“. Jeder Iraner könne „grün“ werden, wirbt Mussavi; wer von zu Hause aus ein Gebet sende, sei schon Teil des Netzwerks. Seine Botschaften, die via Internet verbreitet werden, sind stets in religiösem Duktus gehalten, beschwören mit koranischen Formeln eine neue nationale Einheit.

Wenn Mussavi von Khomeini als dem „sorgenden Vater“ spricht, klingt das für hiesige Ohren verstörend, in Iran aber trifft er die Gemütslage vieler älterer Landsleute. Khomeini ist immer noch eine Ikone, und mit seiner tatsächlichen Politik hat das oft wenig zu tun. Sein Erbe reklamieren Hardliner ebenso wie Reformen: eine Facette des dramatischen und unübersichtlichen Kampfes um die geistigen, politischen, religiösen Eigentumsrechte an der Nation.

Mussavis Strategie des Brückenbaus hatte Erfolg. Konservative Frauen im schwarzen Tschador skandieren nun grüne Parolen; Arme und Arbeitslose schließen sich an, füttern die Aufmärsche mit sozialer Wut. Die Rolle der Religion ist jetzt ausgeprägter, sichtbarer als zu Beginn; ohne den schiitischen Ritual-Kontext wäre die Dynamik der vergangenen Monate kaum zu begreifen. Oberflächlich gibt es Parallelen zur Verlaufsform der Revolution 1978/79 – doch tatsächlich ist die Lage heute völlig anders.

Die Armee des Schah fiel wie ein Kartenhaus zusammen. Sie war technisch hochgerüstet, doch innerlich hohl, ohne moralische oder ideologische Motivation. Heute sind die Waffen bei den Revolutionsgarden in ganz anderen Händen. Und die Hardliner-Fraktion des Regimes wird schon allein deshalb bis zum bitteren Ende kämpfen, weil sie nirgendwo anders hin kann. Dem Schah und der damaligen Oberklasse stand der Westen offen, inklusive seiner Bankkonten, auf die in großem Maßstab Reichtum transferiert wurde.

1979 kam Khomeini mit dem Entwurf einer Verfassung aus dem Exil. Heute ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar, wie das Land nach einem Sturz des Regimes aussehen könnte. Es gibt keine politischen Parteien, die den Namen verdienen; keine alternative Regierung im Wartestand, nicht einmal Runde Tische der Opposition. Der Mangel an jedweder Struktur der Grünen Bewegung bedeutet auch: Keine zivile Kraft könnte bei einem plötzlichen Regimesturz das Chaos bändigen. Selbst für eine Versöhnungs- und Wahrheitskommission fehle der Boden, sagen Iraner: Zu groß sei der Hass, zu stark das Rachebedürfnis bei den Opfern der Islamischen Republik, zumal im Exil.

Wo also geht das alles hin? Vielleicht muss man ganz neu denken, „die Augen waschen“, wie ein iranisches Poetenwort sagt. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben die Iraner mehrfach eine progressive Rolle in der Region gespielt. 1906 – das erste Parlament im Mittleren Osten. 1951 – als erstes Land verstaatlicht Iran sein Erdöl. 1979 – Abschaffung der Monarchie durch eine Volksbewegung. Das waren drei Versuche, *asadi*, Freiheit, zu erlangen, drei Vorläufer zu der heutigen Situation. Jeder Versuch wurde erstickt, auf ganz unterschiedliche Weise. Was aber kann heute das Ziel sein? Wie könnte ein politisches System aussehen, das all dem Rechnung trägt: Irans historischen Erfahrungen, den unerfüllten Idealen früherer Bewegungen und den heterogenen Erwartungen heutiger Bürger, in der Masse ungleich gebildeter als vor drei Jahrzehnten?

Die Islamische Republik hat ja durchaus etwas erreicht: Iran genießt Unabhängigkeit und Eigenständigkeit wie nie zuvor in

den vergangenen 200 Jahren. Alle Iraner wollen diese Position wahren – darum wollen auch die meisten Oppositionellen nicht auf das Recht zur Urananreicherung verzichten. Ein künftiges System müsste die Freiheit von wirtschaftlicher und politischer Bevormundung mit innerer Freiheit verbinden, mit Grundrechten und Partizipation auf der Höhe des 21. Jahrhunderts. Es müsste der iranischen Kultur und dem darin tiefverwurzelten schiitischen Islam Rechnung tragen, ohne – wie in der jetzigen Verfassung – die Bürgerrechte dem Vorbehalt religiöser Zustimmung auszuliefern.

Für ein solches System gibt es kein Modell. Es kann nur in tastenden Schritten gefunden werden. Und das braucht Zeit. Selbst für den politischen Prozess hat die jüngere Geschichte kein Vorbild parat: ein System weniger religiös machen, es auf populäre Weise enttheokratisieren. Etliche islamische Gesellschaften stehen heute noch dort, wo Iran vor der Revolution 1979 stand: Gegen autoritäre Regime wird die Religion zu Hilfe gerufen; sie erscheint als Kampfgefährtin der Freiheit, wenn nicht gar als politische Lösung schlechthin.

Der iranische Reformtheologe Mohsen Kadivar bedauerte bereits vor mehreren Jahren, wie wenig andere muslimische Intellektuelle, zumal der sunnitischen Welt, aus der iranischen Erfahrung gelernt hätten. Selbstbewusst verlangte Kadivar, die neue Denkweise iranischer Theologen zum Vorbild zu nehmen: für einen demokratischen Islam, der politisch ist, aber nicht die Macht will, nicht regieren will.

Kadivar, der gegenwärtig in den USA lehrt, ist eine geistliche Autorität der Grünen Bewegung. Er definiert sie als eine „ethische islamische Bewegung“; ihr Glaubensbekenntnis drücke sich aus in dem Ruf „Allahu Akbar, Tod der Diktatur“. Aber: „Diese Bewegung ist absolut dagegen, Religion als Werkzeug zu benutzen.“ Ein feiner, jedoch entscheidender Unterschied. Religiös oder säkular – auf diese allzu schlichte Frage lassen sich die Verhältnisse eben nicht reduzieren.

So wird Iran heute auf zweifache Weise zum Labor politisch-religiösen Denkens. Ein durchpolitisierte Islam an der Macht ist hier vor aller Augen gescheitert. Zugleich konnten in der Islamischen Republik aber auch religiöse Anschauungen, zum Beispiel Betrachtungen des Koran, entwickelt werden, die in den meisten arabischen Ländern als Ketzertum verfolgt werden würden. Diese Mischung aus politischer Unterdrückung und theologischen Freiheiten hat den iranischen Reformislam hervorgebracht; mit ihm können sich vermutlich auch säkulare Kräfte in der Grünen Bewegung arrangieren.

„Islam kann nicht auf die Privatsphäre begrenzt werden“, sagt der Philosoph Abdolkarim Soroush kategorisch; unter Irans religiösen Intellektuellen ist er der Renommierteste. Die meisten Probleme, mit denen sich Politik beschäftigte, hätten bereits zuvor die Religion beschäftigt. „Religiöses Denken beiseite zu schieben, das würde einem großen kulturellen Erbe Unrecht tun.“ Islam und Demokratie zu versöhnen, das bedeute allerdings nicht, die Demokratie aus dem Schosse der Religion heraus zu entwickeln. Sondern als Muslime demokratisch zu leben und die Regierung von Willkür und Unrecht abzuhalten.

Davon ist Iran noch weit entfernt. Die Regierung Ahmadinejad rüstet gerade einen religiös-militärisch-industrieller Komplex zusammen, der sich jeder Kontrolle von innen entziehen soll.

Schon ist die Telecom mehrheitlich im Besitz der Revolutionsgarden – das klingt wie böse Sciencefiction. In der Tat ringen in Iran zwei völlig unterschiedliche Modelle von Modernität miteinander, und beide reklamieren den Islam für sich: auf der einen Seite eine autoritäre Techno-Moderne, materiell zukunftsorientiert, geistig reaktionär. Auf der anderen Seite der tastende Republikanismus der Grünen Bewegung.